

Jahresmedienkonferenz von economiesuisse

Dienstag, 23. März 2010

Es gilt das gesprochene Wort

Selbstvertrauen statt Selbstzerfleischung!

Pascal Gentina, Vorsitzender der Geschäftsleitung economiesuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Die mediale Beobachtung der innenpolitischen Diskussionen über aussenwirtschaftspolitisch sensible Fragen bezeugt tagtäglich: Wir sind in unserem Land Weltmeister der Selbstzerfleischung und im sich Schlechtreden. Und das ungeachtet der nüchternen Fakten. Was bei diesen typischen schweizerischen Querelen untergeht, ist die Tatsache, dass die Schweiz wohl zu jener Ländergruppe gehört, die die Wirtschafts- und Finanzkrise am vorbildlichsten gemeistert hat. Das bescheinigen uns verschiedene internationale Rankings – auch jenes von BusinessEurope, dem europäischen Dachverband der Wirtschaft. Schon heute können wir wagen zu prognostizieren, dass die Schweiz trotz der unbestreitbaren wirtschaftlichen Schwierigkeiten summa summarum international zu den Gewinnern der Wirtschaftskrise gehört. Schlüssel ist dabei der eigenständige, besonnene und flexible Weg der Schweiz – flankiert durch das bilaterale Vertragswerk mit unseren wichtigen Handelspartnern in der EU. Dies sind Fakten, die in der herrschenden Aufgeregtheit nicht ausgeblendet werden sollten. Aus ihnen dürfen wir Selbstvertrauen schöpfen. Und manchmal würde uns auch mehr Gelassenheit gut anstehen.

Ein paar Fakten zur Erinnerung: Weltweit waren in den Jahren 2008/2009 Fiskalpakete zur Stabilisierung der Konjunktur nötig, die in ihrem Ausmass historisch beispiellos sind. Auch in der Schweiz haben wir mit drei Stabilisierungsprogrammen neben dem geldpolitischen Stimulus der SNB auch mit einem fiskalpolitischen Impuls unsere Wirtschaft vor den Auswirkungen eines drastischen Konjunkturerbruchs bewahren müssen. In dieser Konstellation hat sich die Schuldenbremse mehr als bewährt. Im Gegensatz zu anderen Ländern hatten wir in guten Zeiten einen finanzpolitischen Spielraum für die Krisenbekämpfung geschaffen – sodass wir auch heute nach der Krise ein moderates Verschuldungsniveau kennen. Diesen Weg der Nachhaltigkeit sollen wir nüchtern weiterfahren, indem wir das Konsolidierungsprogramm konsequent umsetzen und frühzeitig den Geist der Schuldenbremse in die Sozialversicherungen übertragen. Das ist nachhaltig. Das kann allerdings nicht jedes Land von sich behaupten: Die eingegangenen Verpflichtungen erhöhten die Verschuldung der staatlichen Haushalte auf ein Niveau, das sich im OECD-Durchschnitt für 2010 auf 100 Prozent beläuft. Die drastische Erhöhung

der Staatsverschuldung trifft dabei zahlreiche Länder unvorbereitet, denn die verfolgte Finanzpolitik musste bereits vor der Krise vielerorts als nicht nachhaltig bezeichnet werden.

Die Experten sind sich daher einig: Nach der Bewältigung der Konjunkturkrise liegt die Herkulesaufgabe für die Regierungen in der Nachhaltigkeit der verfolgten Finanzpolitik bzw. in der Definition von glaubwürdigen Exit-Strategien. Ansonsten droht den betroffenen Ländern eine Sisyphus-Schuldenspirale, aus der sie kaum herauskommen können und an deren Ende ein Staatsbankrott stehen könnte. Die realen Folgen dieser Fehlentwicklungen sind auch fatal: Die gigantisch angewachsene Zinslast für den Schuldendienst verdrängt massiv andere Staatsaufgaben in den öffentlichen Budgets, insbesondere diejenigen mit investivem Charakter. Andererseits sind soziale Störungen bzw. Unruhen vorprogrammiert, weil das Geld für soziale Anliegen wegen des unweigerlichen Zinsverdrängungseffekts fehlt und gleichzeitig drastische Korrekturen vorgenommen werden müssen, um Exit-Strategien aus der Schuldenkrise glaubhaft zu präsentieren.

Einen ersten Hinweis auf die verheerenden Folgen der überrissenen Staatsverschuldung – gekoppelt mit Trägheit in wirtschaftspolitischen Schlüsselthemen – hat die Griechenlandkrise offenbart: Die Zinsdifferenz zwischen griechischen und deutschen Staatspapieren hat sich massiv ausgeweitet, seit die Märkte die Möglichkeit eines Staatskonkurses nicht mehr ausschliessen. Mit den Spekulationen darüber, ob Griechenland fähig ist, den Schuldendienst sicherzustellen, wurde auch der Euro geschwächt. Man kann sich leicht ausmalen, was passieren würde, wenn nicht Griechenland, sondern ein grösseres Euroland in Refinanzierungsschwierigkeiten und in den Fokus der Märkte geraten würde.

Eine internationale Verschuldungsspirale ist auch für eine verhältnismässig gut gerüstete Schweiz aus vierfacher Hinsicht negativ:

- Erstens steigt das Risiko von Währungsturbulenzen und von einem temporären Überschüssen des Werts des Schweizer Frankens. Die Nationalbank musste bereits in der jüngeren Vergangenheit gegen eine übermässige Aufwertung des Frankens vorgehen. Die Eingriffe in den Markt sind aber für die Erwartungsbildung der Akteure nicht unproblematisch: Die Interventionen am Devisenmarkt können dazu führen, dass sich die Marktteilnehmer zu stark an den heutigen nominalen Wechselkursen orientieren und dass sie sich nicht ausreichend für den Fall einer Aufwertung des Schweizer Frankens absichern.
- Zweitens werden in vielen OECD-Ländern zusätzliche Steuern oder Ausgabenkürzungen notwendig werden, um das Budget einigermassen im Lot zu halten. Dies beschränkt das Wirtschaftswachstum und führt letztlich auch zu einer geringeren Nachfrage nach Schweizer Produkten und Dienstleistungen im Ausland. Dies gilt besonders für eine Exportnation wie die Schweiz.
- Drittens wertet sich der Schweizer Franken vor diesem Hintergrund tendenziell auf und verteuert unsere Produkte im Ausland.
- Viertens wird das grosse Angebot an Staatspapieren möglicherweise zu einem Crowding-out führen: Anleihen von privaten Emittenten werden vom Markt verdrängt oder müssen erheblich teurere Kreditkosten akzeptieren. Eine internationale Verschuldungsspirale ist somit auch für die Schweizer Wirtschaft höchst negativ.

Wenn wir uns nüchtern von den Fakten leiten lassen, müssen wir also feststellen: Die Schweiz ist stark. Klar, die Welt verändert sich und die Schweiz muss sich auch gegenüber neuen Rahmenbedingungen anpassungsfähig zeigen. So bei der Übernahme von Artikel 26 des OECD-Mustersteuerabkommens. Es gibt auch Exzesse und Fehlanreize, die es gilt, gezielt und diskussionslos zu beheben. Es gibt aber keinen Grund, uns permanent auf breiter Front selbst infrage zu stellen und gegenüber dem Ausland alle Wettbewerbsvorteile einseitig und voreilig preiszugeben. Wirre innenpolitische Diskussionen um die Weiterentwicklung des Bankkundengeheimnisses, um die Minder-Initiative, um die kantonalen Steuerregimes oder um die „too big to fail“-Problematik sind beste Beispiele dafür.

Ganz im Gegenteil: Wir Schweizerinnen und Schweizer können uns mit Gelassenheit und Zuversicht auf unsere Stärken besinnen. Gerade auch im Vergleich mit anderen Ländern – die mit explodierender Verschuldung und struktureller Verkrustung zu kämpfen haben: Es bleibt verlockend, sich mit fraglichen moralischen Argumenten am Steuersubstrat der Schweiz zu bedienen. Es bleibt verlockend, der Schweiz Steine in den erfolgreichen bilateralen Weg zu legen. Deshalb müssen wir uns nichts vormachen. Der eigentliche Druck kommt vom Ausland und wird in der nächsten Zeit ansteigen. Wenn wir unsere strategischen wirtschaftspolitischen Interessen nicht selbstbewusst und nicht mit einer Stimme verteidigen, erweisen wir unserem Land keinen Dienst. Wir müssen uns warm anziehen und nach aussen Einheit demonstrieren. Dem Druck von aussen müssen wir konsequent entgegenstehen – mit Zuversicht, Gelassenheit und Einigkeit.